

Der Vollzugsdienst

2/2023 – 70. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

Geiselnahme und schwere Übergriffe auf Bedienstete – Der Justizvollzug im Brennpunkt

Kommt der Justizvollzug in Deutschland an seine Grenzen?

Seite 1

Ist der Justizvollzug für die Medien nur bei Skandalen interessant?

Beachtung ebte schnell ab – Objektivität bringt keinen Reißer

Seite 26

Die Inflation lässt die Steuereinnahmen in Deutschland kräftig sprudeln

Die Steuerquote erreicht 2022 einen neuen Rekordwert

Seite 42



Übergriffe auf JVA-Bedienstete

Jetzt ist Handeln nötig – Der BSBD sieht Möglichkeiten



BADEN-WÜRTTEMBERG



RHEINLAND-PFALZ



SACHSEN

INHALT


BUNDESHAUPTVORSTAND


- 1 Der Justizvollzug im Brennpunkt – Kommt der Justizvollzug in Deutschland an seine Grenzen?
- 2 Teuerungsrate gegenüber Vorjahren deutlich erhöht
- 3 Wiederholt sich die Geschichte? Die Totengräber der Demokratie sprechen oft die Sprache der Demokratie

LANDESVERBÄNDE

- 5 Baden-Württemberg
 - 16 Bayern
 - 17 Berlin
 - 21 Brandenburg
 - 25 Hamburg
 - 29 Hessen
 - 35 Mecklenburg-Vorpommern
 - 40 Niedersachsen
 - 42 Nordrhein-Westfalen
 - 56 Rheinland-Pfalz
 - 58 Saarland
 - 60 Sachsen
 - 64 Sachsen-Anhalt
 - 70 Schleswig-Holstein
 - 76 Thüringen
- 63 Impressum



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion

 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundesvorsitzender	René Müller	rene.mueller@bsbd-bund.de www.bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd-bund.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Sönke Patzer	soenke.patzer@bsbd-bund.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd-bund.de
Stellv. Bundesvorsitzende	Dörthe Kleemann	doerthe.kleemann@bsbd-bund.de
Stellv. Bundesvorsitzender Schriftleitung	Martin Kalt	martin.kalt@bsbd-bund.de
Geschäftsstelle:	Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands Waldweg 50 · 21717 Deinste · post@bsbd.de	
Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Michael Schwarz	bsbdschwarz@web.de www.bsbd-bw.de
Bayern	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Dörthe Kleemann	geschaefsstelle@bsbd-brb.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Sven Stritzel	sven.stritzel@jva.bremen.de
Hamburg	René Müller	rene.mueller@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Matthias Nicolay	mpaape@onlinehome.de www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Oliver Mageney	oliver.mageney@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Ulrich Biermann	ulrich.biermann@jva-bielefeld-senne.nrw.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	Thomas Porr	thomas.porr@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Mario Pinkert	mario.pinkert@bsbd-isa.de www.bsbd-isa.de
Schleswig-Holstein	Michael Hinrichsen	hinrichsen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Ronny Rüdiger	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

REDAKTIONSSCHLUSS

Ausgabe 3: 15. Mai 2023



ERSCHEINUNGSTERMIN

Ausgabe 3: 13. Juni 2023



Wir für Euch – Gemeinsam sind wir stark

Die Tarifverhandlungen von Bund und Kommunen



Foto: hkama/stock.adobe.com

Die Beschäftigten von Bund und Kommunen wurden für den 9. Februar 2023 zum Warnstreik nach Fulda aufgerufen.

Durch den Vorsitzenden des **dbb Tarifausschuss Hessen, Heinrich Roßkopf**, wurden ganz besonders alle Arbeitskreismitglieder auf den Warnstreik aufmerksam gemacht. Die enorme Bedeutung für erfolgreiche Verhandlungen ist ausschließlich **STÄRKE** auf der Straße. Wer will da was? Die Verhandlungsführenden der Arbeitgeber schauen genau hin. Ohne Massen auf der Straße werden die Verhandlungen nicht erfolgreich sein. Zudem ist uns wohl bewusst, dass die Verhandlungen, die jetzt bei Bund und Kommunen auf Hochtouren laufen, morgen für die Verhandlungen von TV-L und übermorgen für uns vom TV-H deutliche Richtwerte sein werden. Mit dem Bewusstsein haben wir den Kontakt zu unseren Ortsverbands-

vorsitzenden aufgenommen. Nach dem Motto: **Runter vom Sofa – raus auf die Straße!!!** Wir brauchen unbedingt eure Unterstützung. Wir sollten dafür sorgen, dass wir bei den nächsten Tarifverhandlungen nicht zu übersehen sind. **Einfach dabei sein.** Der Forderung ein Gesicht geben. Der Aufruf hatte Erfolg. Wir im **BSBD** sind solidarisch. In Fulda haben sich Pensionäre und Ortsverbandsvorsitzende eingefunden. Wir haben Zusammenhalt und Stärke demonstrieren können.

Die gewerkschaftlichen Verhandlungsführer von Bund und Kommunen können gestärkt in die Verhandlungen mit den Arbeitgebenden gehen. Uns ist bewusst, dass die Forderung von 10,5 Prozent, mindestens 500,00 €, bei einer Laufzeit von 12 Monaten schon ein sehr deutlicher Gehaltszuwachs bedeuten würde. Ein jeder von uns merkt die explodierenden Preise. Nicht nur an der Tankstelle. Nein. Wir haben auf Grund

von falscher Sparpolitik eine immense Last zu tragen. Besonders die unteren Einkommensgruppen haben einen starken Gehaltszuwachs bitter nötig. Klatschen reicht nicht.

Das Leben muss von dem erzielten Einkommen bezahlbar sein. Gerade in der Krise sollte der Staat mit gutem Beispiel vorangehen. Statt wildverstreute Rettungspakete zu verteilen sollte er alle seine Beschäftigten gerecht bezahlen, die Müllwerker, Straßenwärter bis hin zu den Erziehern. Bald werden wir für uns verhandeln müssen.

Seit Jahren werden wir unteralimentiert. Das muss ein Ende haben. Auch wir wollen von unserem Gehalt/Besoldung leben können. Wir fahren weite Strecken zum Dienst. An der Tankstelle und im Supermarkt merken wir mehr als deutlich, was der Euro noch wert ist. Nein, Klatschen reicht uns auch nicht. Wir sind systemrelevant. Ohne uns wäre die Sicherheit in unserem Land nicht gewährleistet.

Eine super Leistung hat die JVA Fulda gebracht. Lieber **Julian Zintel**, das war großartig. Nach Limburg und Schwalmstadt geht ein ebenso herzlicher Dank. Von dort kamen die Ortsverbandsvorsitzenden. Der OV Gießen war ebenfalls vertreten. Einige Rentner und Pensionäre fanden sich ebenfalls in Fulda ein. **Peter Keil** aus dem OV Kassel I; **Siggi Urbanek**, unser Schwerbehindertenvertreter, konnte ebenfalls Teilnehmende gewinnen. Mit dem Hessenticket kamen sie nach Fulda. SUPER!!!

Lasst uns zusammenstehen, um unsere Reihen zu schließen. Irgendwann geht es auch um unser Geld. Wir hoffen auf Eure Unterstützung. Ohne Euch werden wir keinen Erfolg haben können. ■



Aufmarsch zum Streik in der Barock-Stadt zu Fulda:

„Runter vom Sofa, raus auf die Straße – füreinander zusammenstehen“

Mit großer Selbstverständlichkeit zur Solidarität zeigte sich der Ortsverband der JVA Fulda, Vorsitzender **Julian Zintel** mit Kollegen, sowie der Ortsverband Schwalmstadt (Vorsitzender) **Stefan Krump Holz**, der Limburger (Vorsitzende) **Stefan Weber**, eine Abordnung des OV Gießen und **Wilma Volkenand** (Tarifbeschäftigte) **OV Kassel I** bei den Warnstreikmaßnahmen von Bund und Kommunen.

Vielen lieben Dank an euch ALLE!!! Ein ganz besonderer Dank geht selbstverständlich an meine Kollegen der JVA

Fulda. Es hat mir außerordentlich Spaß gemacht, mit Euch Stärke zu beweisen und Eindruck zu hinterlassen!!!

Wir verstehen den Unmut der Kollegenschaft von Bund und Kommunen. Zusammenhalt ist heute wichtiger denn je. Gemeinsam sind wir stärker.

Zum Tarifkonflikt im öffentlichen Dienst „wir verdienen mehr Wertschätzung“ hörte man die Trillerpfeifen in ganz Fulda! Das war durchaus sehr beeindruckend.

Doch mal von ganz von vorne: Unter dem Motto „come in and burnout“, fanden sich Beschäftigte des öffentlichen

Dienstes aus ganz Hessen am 9. Februar 2023 in Fulda ein. Getroffen haben wir uns auf dem Parkplatz der Weimarer Straße. Dort kamen die verschiedensten Institutionen aus Bund und Kommunen in ihrer Vielzahl zusammen, um zum großen Warnstreik gemeinsam durch Fulda zu marschieren.

Der Initiator war unsere Dachgewerkschaft der **dbb Beamtenbund und Tarifunion**. Hauptakteur war die **Komba**. Die **Komba**, die als große Mitgliedergewerkschaft unter dem Dach des **dbb** zahlreiche Mitglieder von Bund und Kommune organisiert, brachte zahlreich nicht nur die Ihren auf die Straße. Die Arbeit der letzten Jahre sollte endlich anerkannt werden.

Vom „Klatschen“ werden die Familien der Beschäftigten nicht satt

Mit dem ständigen Gerede um Wertschätzung werden die Familien der Beschäftigten nicht satt. Nicht vom Klatschen und „Danke“ sagen. Diese Währung wird bei Aldi an der Kasse nicht akzeptiert. Die einzige Währung ist Geld. Nur damit lassen sich die Rechnungen bezahlen. Bei der Kundgebung



wurde Tacheles gesprochen. Die Forderung von 10,5%, mindestens 500 € bei einer Laufzeit von 12 Monaten ist durchaus angemessen. So geht Wertschätzung. Ebenso die Erhöhung der Ausbildungsstudierenden und Praktikantentgelte um 200 € sowie eine unbefristete Azubi-Übernahme sollten klare und selbstverständliche Forderungen sein.

Mit Plakaten Trommeln und Trillerpfeifen ging es mit über 700 Demonstranten von der Weimarer Straße über die Pauluspromenade hin zur Lindenstraße, durch die Innenstadt und nach 45-minütigen Fuß Marsch am Universitätsplatz angekommen fand dort letztendlich die Abschlusskundgebung statt! Angeführt wurde dieser Aufruf vom Vorsitzenden der **Komba Hessen Richard Thonius** sowie dem Vorsitzenden **Heini Schmidt vom Beamtenbund #dbbHessen!**

Wir werden abermals mit unserer Anwesenheit bereit sein, unsere Kollegenschaft von Bund und Kommunen zu stärken. ■



Fotos (4): BSBD Hessen



Auf ein Wort

Personalaquise und Personalbindung – zwei zentrale Herausforderungen des Justizvollzugs

Geschimpft ist schnell darüber, wer nun gerade für die Personalmisere verantwortlich sei. Der hessische Justizvollzug hat markante Nachwuchssorgen, die Zahl der Neueinstellungen ist zurückgegangen, die Zahl derer, die wieder aussteigen, ist gestiegen. Tja, noch einmal: geschimpft ist schnell und auf andere gezeigt: wer ist schuld an der sich verstärkenden Misere???

Ist es das **H.B. Wagnitz-Seminar** mit seiner Stabsstelle für die Personalgewinnung („was machen die denn, denen fällt nichts ein, die kümmern sich nicht um uns, die weisen uns keine Bewerber zu?“).

Oder das Bewerbungsmanagement an sich (die Verfahren dauern viel zu lange, die schicken uns niemanden...“)? E-recruiting taugt nichts, hilft nichts?

Oder ist doch besser gleich das Hessische Ministerium der Justiz („die sind an allem schuld, „die brauchen viel zu lange für eine Entscheidung, z. B. die Freigabe von Video-clips“) ??????????

Es könnten aber auch die Anstalten selbst sein, die alles selbst entscheiden wollen, seit Ende der 90er Jahre feiern sie die Einstellungsbefugnis („-kompetenz“).

Dazwischen agieren die Gewerkschaften; Vorwurf an uns: „Würdet ihr den Vollzug nicht so schlecht reden (wie beispielsweise in diesem Artikel!), kämen mehr Bewerber:innen.“

Die Bediensteten, die über ihre Arbeitssituation reden, sind also selbst schuld an der Personalmisere; puh!

Als **BSBD-Landesvorsitzende** frage ich mich immer wieder, was denn passieren würde, wenn mindestens ein „Schuldiger“ endlich „gehängt“ wäre, entlarvt als die Person, die echt versagt hat. Was für ein Fest? Okay, wenn die Bediensteten alle bzgl. ihrer Schuld entlarvt wären, wird's schwierig. Denn gerade diejenigen, die die Türen öffnen und schließen, den Tag organisieren, erste Ansprechpartner:innen vor Ort auf den Stationen sind, gehören in die Kategorie: **UNVERZICHTBAR!**

Die als Schuldige heimzuschicken, wäre komisch.

Was also würde passieren, wenn nun endlich jemand in die Wüste geschickt werden könnte (ein Hoch auf das biblische Sündenbockprinzip!)???

Gar nichts würde weiter passieren, das Problem um die unbesetzten Stellen und die vielen nicht besetzten Funktionsstellen in den Tagesdienstplänen würde genauso weiterbestehen, wie vor diesem „Happening“ auch. Auch die Ausfallquoten würden um keinen Prozentpunkt sinken, es bliebe alles in seiner Entwicklung, wie es gerade ist.

Die besten Bewerbungen hatten wir in den vergangenen Jahren übrigens von Leuten, die durch Kolleginnen und Kollegen selbst geworben wurden. Kolleginnen und Kollegen mitten aus der Tretmühle sagen aber: „das tun wir unseren Familienangehörigen und Freunden:innen nicht an, gestrichene Ruhetage, stark unterbesetzte Teams (nicht nur numerisch sondern auch bzgl. mitgebrachter Qualifikation) etc. nagen am Vertrauen zum Dienstherrn. Hinzu kommt die fortdauernde verfassungswidrige Bezahlung – das ist in dieser angespannten Personalsituation auch kein Motivationstreiber. Die Einstellung der jungen Kollegen:innen hat sich übrigens total verändert.

Die Urkunde zur Berufung in das Beamtenverhältnis auf

Lebenszeit wirkt bei so manchem mittlerweile eher abschreckend, die Wechselbereitschaft ist hoch.

So sind sie, die Realitäten und kaum eine hessische Anstalt entgeht diesem Sog.

Was bleibt nun zu tun? Was machen wir mit der veränderten Haltung unserer jungen Nachwuchskräfte?

Was machen wir mit Demotivation? Rausmobben? Für den Nächsten bitte? Oder das nächste Opfer, den nächsten Schuldigen? Der Appell/die Forderung „hört auf zu jammern“ wird bei den Betroffenen jedenfalls nichts wirken.

Eine Stellschraube gibt es noch für den Justizvollzug, eine wichtige, wie wir als **BSBD Hessen** meinen. Das ist die Mitarbeiterbindung. Berücksichtigen wir, dass die Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit als „Binde-mittel“ nicht mehr reicht, um Kolleginnen und Kollegen, Nachwuchskräfte aller Hierarchieebenen im Justizvollzug zu halten. Wie können wir die zunehmende Personalfluk-tuation mildern?

Ausgestaltung der Zusammenarbeit, die Einbindung, mit Mitverantwortung, eine respektvolle Kommunikation.

Wenn wir uns dieser Möglichkeiten nicht gewahr werden



und das neue Personalentwicklungskonzept nicht konsequent ernst nehmen und umsetzen, dann haben wir zukünftig am immer arbeitnehmerfreundlicher werdenden Arbeitsmarkt keine Chance. Wer heute noch glaubt, Gutsherrenart und Willkür brächten die eigene Anstalt durch, der (bzw. die) sollte sich bewusst werden: wenn ich mit dem Finger auf andere zeige, zeigen mindestens drei Finger meiner Hand zurück auf mich selbst. Jede und jeder von uns trägt Verantwortung für das Umdenken, die Neuausrichtung, die Zusammenarbeit, aber tatsächlich lässt es sich nur neu denken, wenn es „von oben“ nicht nur verlangt, sondern drastisch vorgelebt wird.

Justizminister Poseck und **Staatssekretärin Eichner** machen das tatsächlich sehr eindrücklich vor, der Austausch mit der Fachabteilung, allen voran der Abteilungsleiter **Dr. Böhmer** und die Referatsleiterin **A Dr. Kötter** zeigen, dass Kommunikation ein Schlüssel ist.

Was bleibt uns, als alles, wirklich alles zu versuchen, das Ruder rumzureißen und alles zu versuchen, dass der Justizvollzug handlungsfähig bleibt/wird?!

Es geht doch um uns alle.

Birgit Kannegießer, Landesvorsitzende BSBD Hessen

Anerkennung der Meisterausbildung durch Zulage?

Anhebung der Meisterzulage ist für den BSBD unumgänglich

Der öffentliche Dienst in den Ländern und auch im Bund ist in einigen Bereichen auf Beschäftigte angewiesen, die einen Meisterbrief vorweisen können, im Justizvollzug ist dies insbesondere im mittleren Justizdienst, Laufbahnzweig Werkdienst bei den Justizvollzugsanstalten. Dieser Laufbahnzweig ist, wie auch die anderen Laufbahnzweige und Laufbahnen, im Justizvollzug eine wichtige Stütze für den verfassungsrechtlichen Auftrag des Justizvollzuges.

Der Werkdienst übernimmt in den Justizvollzugsanstalten nicht nur wichtige Arbeiten im Bereich der Instandhaltung und -setzung, die zwingend erforderlich sind, um den Inhaftierten eine menschenwürdige Unterbringung zu ermöglichen. Nicht auszudenken, was ein Ausfall der Heizung im Winter bedeuten würde, wenn eine Instandsetzung lediglich aufgrund fehlender Stellen in den Justizvollzugsanstalten nicht durchgeführt werden kann und externe Firmen aufgrund der Auftragslage nicht in der Lage sind, kurzfristig Monteure zu entsenden.

Die Bediensteten des Laufbahnzweiges übernehmen auch einen nicht unbeachtlichen Teil der Resozialisierung der Inhaftierten. Der Werkdienst beschäftigt auch einen Großteil der Inhaftierten in den anstaltseigenen Betrieben, neben der Beaufsichtigung und Anleitung werden nicht selten auch Inhaftierte ausgebildet, die so die Möglichkeit erhalten, innerhalb des Justizvollzuges ihre möglicherweise erste Berufsausbildung zu beenden. Die hohe Bedeutung der Arbeit wird auch in der Broschüre „Justizvollzug in Hessen“ des Hessischen Ministeriums der Justiz von 2017 hervorgehoben. Die Laufbahnverordnung fordert für den Einstieg in diesen Laufbahnzweig die Meisterprüfung im Handwerks- und Industriegewerbe (oder eine vergleichbare Ausbildung) und die Teilnahme am Einführungslehrgang. Neben den allgemeinen Befähigungsanforderungen an hauptberufliche Tätigkeiten ist sodann der mittlere Justizdienst für den Bewerber eröffnet, einem Laufbahnzweig ohne Vorbereitungsdienst. Der Bewerber ist also in der glücklichen Position, keinen zweijährigen Vorbereitungsdienst ableisten zu müssen, um sodann als Eingangssamt in der Besoldungsgruppe A 7 zu beginnen. Anstelle des zweijährigen Vorbereitungsdienstes muss der Bewerber

also lediglich eine zumeist dreijährige Berufsausbildung absolvieren, um zumindest schon mal einen Gesellenbrief in der Hand zu halten.

Aber halt Stopp, war da nicht was? Genau, benötigt wird ja nicht der Gesellenbrief, sondern die Meisterprüfung. Das heißt nach der Gesellenausbildung muss noch die ein- bis maximal zweijährige (Quelle: www.aubi-plus.de) Meisterweiterbildung absolviert werden. Nachdem dann noch weitere 18 Monate hauptberuflich als Handwerks- oder Industriemeister gearbeitet, und an einem dreimonatigen Einführungslehrgang teilgenommen wurde, kann schließlich die Verbeamtung erfolgen.

Im Vergleich also ein doch sehr mühsamer Weg in das Beamtenverhältnis, wenn man dazu vergleicht, dass in derselben Laufbahn im Laufbahnzweig Krankenpflagedienst keine Ausbilder-eignung (Meisterweiterbildung) erforderlich ist. Hier reicht eine 3-jährige Ausbildung, 18 Monate hauptberufliche Tätigkeit und die Teilnahme an einem dreimonatigen Einführungslehrgang. Auch hier ist man dann als Eingangssamt mit der Besoldungsgruppe A 7 besoldet. Dieser Differenz ist man sich offensichtlich bewusst, sodass eine Stellenzulage nach Nr. 9 der Vorbemerkungen zur Besoldungsordnung A und B in Höhe von 39,50 € gewährt wird. Allerdings reicht

dieser Betrag nicht aus, um die, auch außerhalb des öffentlichen Dienstes sehr begehrten Handwerks- und Industriemeister/innen, für eine Tätigkeit im Justizvollzug zu gewinnen. So werden Stellen in der Praxis nicht selten erst nach mehrmaligen oder über ein Jahr andauernden Stellenausschreibungen besetzt. Angeboten werden kann hier für einen ledigen und kinderlosen Bewerber lediglich Bruttobezüge von etwa 2.840 € (ab dem 01.04.2023) in der ersten Erfahrungsstufe. Würde sich der gleiche Bewerber mit der Stufe 1a in ein Tarifbeschäftigtenverhältnis einstellen lassen, könnte man ihm sogar eine Bruttoentgelt in Höhe von über 3.000 € anbieten. Dies lässt sich nicht nur über die Vorteile eines Beamtenverhältnisses kompensieren.

Hierfür ist dringend eine Erhöhung der Stellenzulage nach Nr. 9 der Vorbemerkungen zur Besoldungsordnung A und B erforderlich. Diesen Schritt ist man in Bayern und im Bund bereits gegangen und zahlt dort eine deutlich höhere Stellenzulage unter den gleichen Voraussetzungen. So wird Bundesbeamten eine monatliche Zulage von 55 € und in Bayern sogar von 100 € gezahlt. Um hier wettbewerbsfähig zu bleiben und die erforderlichen Stellen zu besetzen, hält der **BSBD** eine Anhebung der Meisterzulage für unumgänglich. ■



Gewerkschaftstag 2023 Personalgewinnung – Handwerksmeister im öffentlichen Dienst

Antragsteller: BSBD Hessen

Begründung des Antrags:

Der Gewerkschaftstag möge beschließen, sich mit aller Kraft dafür einzusetzen, die Erhöhung der Meisterzulage nach Nr. 9 der Vorbemerkungen zur Besoldungsordnung A und B auf 250,00 € anzuheben. Bisher liegt die Meisterzulage bei unter 40,00 € monatlich.

Es wird immer schwieriger, Fachkräfte zu gewinnen, insbesondere mit abgeschlossener Meisterprüfung. Häufig ist der Meistertitel bereits Einstellungs Voraussetzung, vor dem Meistertitel muss der Bewerber bereits eine Gesellenprüfung erfolgreich bestanden haben, sodass bereits vor

der Bewerbung nicht unerhebliche berufliche Qualifikationszeiten liegen. Dem Tarifbereich wird dadurch Rechnung getragen, dass Handwerksmeister mindestens in der EG 8 eingestellt werden. Bei einer Verbeamtung werden die Beamten dem mittleren Dienst zugeordnet.

Trotz der gesteigerten Anforderungen an die berufliche Vorqualifizierung wird lediglich eine Stellenzulage nach Nr. 9 der Vorbemerkungen zur Besoldungsordnung A und B in Höhe von 39,50 € gewährt. Dies reicht aber nicht aus, um den Wechsel in den öffentlichen Dienst ausreichend attraktiv zu gestalten, andere öffentliche Arbeitgeber zahlen hier bereits mehr. So beträgt die Meisterzulage beim Bund bereits 55,00 € und in Bayern sogar 100,00 €. Eine Erhöhung der Meisterzulage ist dringend notwendig, um wettbewerbsfähig zu bleiben und so die Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit des öffentlichen Dienstes zu sichern. ■

Akquise – Neuansatz



Sich an Maßnahmen zur Gewinnung von neuem Personal zu beteiligen, stellt sich in unserem Beruf oft schwierig dar. Das „Schönreden“ unseres Berufsalltags und das „Werben“ im Freundeskreis scheitert häufig.

Was das Umfeld nämlich wahrnimmt sind abgesagte Partys, weil ein Dienstaustausch kurzfristig vorgenommen wurde – abgesagte Fußballspiele, wegen Verletzungen nach Angriffen im Dienst – der Baustopp am Eigenheim, weil das Gehalt nicht mehr für alle Kosten ausreicht – und dazu kommt, dass der Feierabend bei vielen Kollegen häufig gleich aussieht: genervt, gefrustet, erschöpft! Positive Aspekte zu finden, fällt da schwer: ein Beamter wie früher mit „dickem Auto, schönem Haus und häufigen Urlaubsreisen“ ist kaum zu finden im Justizvollzug. Somit ist das Umfeld der Vollzugsbediensteten früher oder später abgeschreckt.

Klar ist: um die erkämpften Stellen besetzen zu können, muss Personal geworben werden, das den Beruf und seine Vorteile im Vordergrund sieht. Es muss hier vor allem bei der Generation anknüpfen, die sich hauptsächlich in den sozialen Netzwerken bewegt. Statt zu schimpfen „junge Menschen hängen ständig am Handy“, kann man durch die Jugend lernen, wie rasch sich deren Meinungen verbreiten: Videos in Sekundenschnelle hochgeladen, gelikt und geteilt – und innerhalb kürzester Zeit haben es hunderte Nutzer angeschaut. **TikTok** und **Instagram** sind extrem beliebt.

Das Interesse an unserem Beruf kann darüber sehr leicht geweckt werden: wir tragen Uniform und müssen nicht studieren, um Beamte zu werden! Darüber hinaus haben wir eine außergewöhnliche Tätigkeit – wir arbeiten mit Straftätern, hinter Gittern – das ist spannend und zwar nicht nur für junge Leute!

Der Vollzug sollte zur Akquise dort ansetzen und werben. Einfach mal „Coole Clips“ erstellen, „Livechats“ anbieten wie die Polizei, Interesse durch mehr Einblicke wecken – das ist keine Herausforderung und auch keine Kostenfrage. Es ist nur ein Neuansatz.

Susanne Leib



Mein Name ist **Christian Otto**, bin 45 Jahre alt und komme aus dem schönen Main-Taunus-Kreis. Ich habe im September 1997 im öffentlichen Dienst mit meiner Ausbildung zum Justizangestellten beim Amtsgericht Frankfurt angefangen. Im Mai 2000 war ich dann bei der Bundeswehr, um meine Wehrpflicht abzuleisten, und seit Juli 2001 bin ich in den mittleren Vollzugs- und Verwaltungsdienst gewechselt. Nach meinem zweijährigen Verwaltungslehrgang war ich acht Jahre in der JVA Frankfurt Höchst in der Zahlstelle und Systemverwaltung tätig. Mit der Schließung der 100 Jahre alten Vollzugsanstalt in Höchst bin ich in die neue JVA Frankfurt am Main I mit umgezogen. Seit diesem Zeitpunkt bin ich in der dortigen Vollzugsgeschäftsstelle und Anstaltszahlstelle tätig. Die EDV unterstütze ich als dienstliches Hobby nebenher mit, denn eine eigene Planstelle gibt es ja hier nicht mehr.

Seit 2002 – also kurz nach dem Beginn meines Vorbereitungsdienstes – bin ich dem **BSBD Hessen** beigetreten. 2012 und 2016 wurde ich zum Schriftführer in unseren Ortsverbands-Vorstand gewählt. 2018 und 2021 wurde ich zum 1. Vorsitzenden des Ortsverbands gewählt und bin hierüber dann auch seit 2019 mit im örtlichen Personalrat aktiv.

2020 wurde ich zum ehrenamtlichen Richter beim Frankfurter Verwaltungsgericht ernannt und Ende Dezember 2022 habe ich die Verwaltung des Internetauftritts unseres **BSBD-Landesverbands** in Hessen übernommen und bin somit ganz „frisch“ mit im Landesvorstand aktiv.

2020 wurde ich zum ehrenamtlichen Richter beim Frankfurter Verwaltungsgericht ernannt und Ende Dezember 2022 habe ich die Verwaltung des Internetauftritts unseres **BSBD-Landesverbands** in Hessen übernommen und bin somit ganz „frisch“ mit im Landesvorstand aktiv.

Privat bin ich verheiratet, habe keine Kinder und meine Hobbys sind Filme/Serien schauen, Computer, Reisen, Stammtisch-Treffen und Doppelkopf spielen. Seit 1999 bin ich jedes Jahr – soweit der Dienst und die Pandemie es zulässt- in den ersten drei Wochen der Sommerferien als Ferienspiele-Betreuer in meiner Heimatgemeinde tätig.

Ich freue mich auf die neuen Gewerkschaftsaufgaben auf der Landesebene und die gute Zusammenarbeit mit den Vorstandskollegen.

NACHRUF

Der BSBD Hessen trauert um sein verdientes Mitglied

Helmut Keil

1954 - 2023

Als Kollege der größten Fachrichtung, des Allgemeinen Vollzugsdienstes, lebte Helmut für unsere Gewerkschaft. Ihm waren die Kollegen sehr, sehr wichtig, er hatte immer ein offenes Ohr für ihre Sorgen, nahm sich stets Zeit, hörte zu, beriet die Kollegen und: er setzte sich selbstlos für ihre Interessen bei der Anstaltsleitung ein. Sein Herz schlug für den Justizvollzug und für seine Gewerkschaft, den BSBD Hessen.

Von 1994 bis 2012 war Helmut Vorsitzender des Ortsverbands Schwalmstadt. 2001 wurde Helmut Fachgruppenvertreter des AVD's im BSBD-Landesverband, von 2009 bis 2013 war er stellvertretender BSBD-Landesvorsitzender. Viele Jahre war er Kreisvorsitzender des dbb-Kreises Schwalm-Eder. Darüber hinaus gehörte Helmut von 2005 bis 2014 dem Hauptpersonalrat Justizvollzug an. Im örtlichen Personalrat bei der JVA Schwalmstadt war Helmut ab 1994 aktiv, von 1996 bis 2005 war er dort der Personalratsvorsitzende.

Wir haben immer sehr vertrauensvoll zusammengearbeitet und die Kollegen schätzten Helmut für seinen unermüdlichen Fleiß und Einsatz. Er hatte stets neue Ideen, war sozial sehr engagiert und sehr, sehr hilfsbereit. Er kümmerte sich.

Wir werden Helmut nie vergessen, wir sind sehr dankbar für alles, was Helmut für die Kollegen seiner Anstalt und des gesamten hessischen Justizvollzugs getan hat. Ruhe in Frieden, lieber Helmut!

Birgit Kannegießer
BSBD-Landesvorsitzende

Stefan Krumpholz
BSBD-Ortsverbandsvorsitzender
Schwalmstadt

Mitgliederverwaltung BSBD Hessen

Seit Dezember 2017 verwaltet **Karsten Müller** die Mitgliederliste des BSBD Hessen.

Nachdem die im Dezember 2019 eingeführte elektronische Mitgliederverwaltung mit der vom **dbb** zur Verfügung gestellten Software der **Grün AG** (VEWA, eVEWA) im Jahr 2021 seitens des **dbb** nicht mehr kostenlos zur Verfügung gestellt wurde, überlegte der Mitgliederverwalter lange, welche Möglichkeiten es gibt, die Verwaltung der Mitgliedsdaten – unter Beachtung des Datenschutzes – auf ein zeitgemäßes Niveau anzupassen.

Am Markt verfügbare Software zur Verwaltung von Vereinen und Organisationen ist meist teuer, garantiert zwar Datensicherheit, liest man aber das Kleingedruckte stellt man oft fest, dass die Daten auf Servern außerhalb der EU gespeichert werden. Für den Landesvorstand ist dies ein Ausschlusskriterium.

um. Fündig wurde **Kollege Müller** in der JVA Frankfurt am Main I. Der dortige Vorsitzende des **BSBD**-Ortsverbandes, **Christian Otto**, hat sich in seiner Freizeit umfangreiche IT-Fachkenntnisse angeeignet und ist in der Lage, eine Datenbank programmieren, die höchste datenschutzrechtliche Standards erfüllt. Einen ersten positiven Eindruck seines Könnens, kann man auf der Webseite des **BSBD Hessen** gewinnen, die von ihm in seiner neuen Funktion als Webmaster grundlegend modernisiert wurde. Eine funktionale Musterdatenbank zur Verwaltung der Mitgliedsdaten, stellte **Kollege Otto** dem Landesvorstand bereits vor. Diese erfüllt alle Wünsche und kann bei Bedarf jederzeit auf neue Bedürfnisse angepasst werden. Die logische Konsequenz wäre, dass **Christian Otto** zeitnah die Mitgliederverwaltung des **BSBD Hessen** übernimmt. Dies liegt am 1. Dezember dieses Jahres in der Hand der Delegierten

des Landesgewerkschaftstages, bei dem sich **Kollege Otto** zur Wahl in den Landesvorstand stellen wird. Leider gibt es bei der Verwaltung der Mitgliedslisten immer dann ein großes Problem, wenn Mitgliedsbeiträge eingezogen werden. Dieses Problem ist nicht technischer, sondern menschlicher Natur.

Auch die besten Tools können keine Beiträge einziehen, wenn die angegebene Bankverbindung für den Lastschrifteinzug nicht stimmt.

Daher werden abschließend alle Mitglieder gebeten:

- Änderungen der Bankverbindung,
- Adressänderungen,
- Namensänderungen,
- Statusänderungen (Pensionär, Anwärter, Laufbahnwechsel etc.),
- Wechsel der Dienststelle und des Ortsverbandes bei ihren Ortsverbandsvorsitzenden oder direkt bei der Mitgliederverwaltung per E-Mail an mitgliederverwaltung@bsbd-hessen.de anzuzeigen.

Vielen Dank!

– Anzeige –

ÖFFENTLICHER DIENST
IHR KÜMMERT
EUCH UM STRUKTUR
WIR STRUKTURIEREN
EURE VORSORGE

Ihr für uns. Wir für Euch.
Das **Füreinander** zählt.

DebeKa
Versichern und Bausparen

Test von privaten Krankenversicherungen: Debeka auch nach 22 Jahren an der Spitze

Die Wahl einer privaten Krankenversicherung ist meist eine Entscheidung für ein ganzes Leben, die einer intensiven Beratung bedarf. Bei der Auswahl hilft hier seit 22 Jahren der map-report, der die privaten Krankenversicherer jährlich einem Test unterzieht. In der neuesten Analyse 2022 belegt die Debeka unverändert den ersten Platz als bester privater Krankenversicherer. Sie verteidigt damit die Spitzenposition seit nunmehr zwei Jahrzehnten – ein deutliches Signal für Verbraucher. Herausgegeben wird der Report von dem Analysehaus Franke und Bornberg. Untersucht werden darin wesentliche Kennzahlen in drei Teilbereichen: „Bilanz“, „Service“ und „Vertrag“. Im Test erhielt die Debeka als größte private Krankenversicherung Deutschlands die höchste Punktzahl und wurde für hervorragende Leistungen mit der Bewertung „mmm+“ ausgezeichnet.

„Seit vielen Jahren vergleicht der map-report nun auch schon private Krankenversicherer. Und nach einer so langen Zeit zeigt sich, dass die Entscheidung für die Debeka in der langfristigen Betrachtung richtig war und ist. Einen besseren Beleg als dieses Ergebnis kann es für Interessenten, aber auch ganz besonders unsere Mitglieder nicht geben. Sie haben die richtige Wahl getroffen. Das ist ein starkes Zeichen“, sagt Thomas Brahm, Vorstandsvorsitzender der Debeka.